Sitzung: 23.02.2016 Stadtrat der Stadt Mainburg

TOP 4

Erlass einer Veränderungssperre zur Sicherung der Planung für den Bereich "Salvatorberg"

Abstimmung: - Mit 22 : 0 Stimmen -

Nachfolgender Text wird als Satzung beschlossen:

Satzung
der Stadt Mainburg
über die Veränderungssperre für den Bereich
des Bebauungs- und Grünordnungsplanes
„Salvatorberg“

Zum Schutz der Planung erlässt die Stadt Mainburg aufgrund Beschluss des Stadtrats vom 23.02.2016 aufgrund der §§ 14 und 16 BauGB und des Art. 23 GO eine Veränderungssperre mit folgendem Inhalt:

§ 1 Zu sichernde Planung

Der Stadtrat hat am 23.02.2016 einen Aufstellungsbeschluss zur Aufstellung des Bebauungs- und Grünordnungsplanes „Salvatorberg“ gefasst. Zur Sicherung der Planung wird diese Veränderungssperre erlassen.

§ 2 Räumlicher Geltungsbereich

Der räumliche Geltungsbereich der Veränderungssperre betrifft den Geltungsbereich des Bebauungs- und Grünordnungsplanes „Salvatorberg“ und ergibt sich aus dem Lageplan, der als Anlage zu dieser Veränderungssperre Teil der Satzung ist.

§ 3 Rechtswirkung der Veränderungssperre

- (1) Im räumlichen Geltungsbereich der Veränderungssperre dürfen
 1. Vorhaben im Sinne des § 29 BauGB, nicht durchgeführt werden;
 2. erhebliche oder wesentlich wertsteigernde Veränderungen von Grundstücken und baulichen Anlagen, deren Veränderungen nicht genehmigungs-, zustimmungs- oder anzeigepflichtig sind, nicht vorgenommen werden.
- (2) In Anwendung von § 14 Abs. 2 BauGB kann von der Veränderungssperre eine Ausnahme zugelassen werden, wenn keine überwiegenden öffentlichen Belange entgegenstehen. Die Entscheidung hierüber trifft die Baugenehmigungsbehörde im Einvernehmen mit der Stadt Mainburg.
- (3) Vorhaben, die vor dem Inkrafttreten der Veränderungssperre baurechtlich genehmigt worden sind, Vorhaben, von denen die Gemeinde nach Maßgabe des Bauordnungsrechts Kenntnis erlangt hat und mit deren Ausführung vor dem Inkrafttreten der Veränderungssperre hätte begonnen werden dürfen, sowie Unterhaltungsarbeiten und die Fortführung einer bisher ausgeübten Nutzung werden von der Veränderungssperre nicht berührt.

§ 4 Inkrafttreten und Außerkrafttreten der Veränderungssperre

Die Veränderungssperre tritt am Tag nach ihrer ortsüblichen Bekanntmachung in der Hallertauer Zeitung in Kraft. Sie tritt nach Ablauf von zwei Jahren, vom Tag der Bekanntmachung gerechnet, außer Kraft. Auf die Zweijahresfrist ist der seit der Zustellung der ersten Zurückstellung eines Baugesuchs nach § 15 Abs. 1 BauGB abgelaufene Zeitraum anzurechnen. Die Veränderungssperre tritt in jedem Fall außer Kraft, sobald und soweit die durch die Veränderungssperre geschützte Bauleitplanung rechtsverbindlich abgeschlossen ist.

Hinweise:

Auf die Vorschriften des § 18 Abs. 2 Satz 2 und 3 BauGB über die Geltendmachung etwaiger Entschädigungsansprüche für eingetretene Vermögensnachteile durch die Veränderungssperre nach § 18 BauGB und des § 18 Abs. 3 BauGB über das Erlöschen der Entschädigungsansprüche bei nicht fristgemäßer Geltendmachung wird hingewiesen.

Mainburg, den ...

Josef Reiser
1. Bürgermeister